

STADTVERWALTUNG
Präsidialabteilung

Vorstadtplatz 2
Postfach
4242 Laufen

Tel: (+41) 061 766 33 33
Fax: (+41) 061 766 33 39
E-Mail: info@laufen-bl.ch
www.laufen-bl.ch



Protokoll der Gemeindeversammlung vom 5. Dezember 2019, 20.00 Uhr, im Regionalen Gymnasium Laufental-Thierstein, am Steinackerweg 7 in Laufen

Vorsitz: Dieter Jermann, Präsident der Gemeindeversammlung
Protokollführer: Walter Ziltener, Stadtverwalter

Anmerkung des Protokollführers¹.

Eingangsfeststellungen

Der Vorsitzende heisst die Einwohnerinnen und Einwohner von Laufen und die Mitglieder des Stadtrates im Regionalen Gymnasium Laufental-Thierstein willkommen. Begrüsst wird auch die Vertretung der Presse, Frau Gaby Walther (Wochenblatt).

Der Vorsitzende stellt fest, dass die formellen Erfordernisse eingehalten wurden: Die Einladung zur Versammlung ist reglementskonform nach § 1 Abs. 1 und 2 des Organisationsreglements der Stadt Laufen einberufen und zwanzig Tage vorher publiziert worden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Versammlung wie üblich auf Tonband aufgezeichnet wird, was seitens der Anwesenden nicht bestritten wird. Er appelliert an die Versammlung, vor der Wortmeldung auf das Mikrophon zu warten. Protokollführer ist wie üblich der Stadtverwalter.

Es sind insgesamt 75 Stimmberechtigte anwesend sowie 6 Gäste.

Die Vertretung der Presse und die nicht stimmberechtigten Personen werden gebeten, auf den speziell bezeichneten Plätzen Platz zu nehmen.

Der Vorsitzende fragt die Versammlung an, ob es Einwände gegen die Stimmberechtigung gibt, was nicht der Fall ist.

Als Stimmenzähler werden vom **Vorsitzenden** zur Wahl vorgeschlagen:

Reto Kurth, Thomas Locher

Die Wahl ist unbestritten.

Der Vorsitzende erklärt die Versammlung für offiziell eröffnet.

Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 20. Juni 2019

Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung lag bei der Stadtverwaltung öffentlich auf und konnte auf der Homepage der Stadt Laufen eingesehen werden.

¹Die Eingangsfeststellungen und die nachfolgenden Referate, Wortmeldungen und Anträge zu den einzelnen Traktanden sind inhaltlich so kurz wie möglich gefasst. Die Präsentationen zu den einzelnen Referaten sind dem Protokoll als Anhang beigelegt.

Der Vorsitzende beantragt der Versammlung die Genehmigung des Gemeindeversammlungsprotokolls vom 20. Juni März 2019. Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Geschäftsliste

- 1. Budget 2020; Festlegung des Steuerfusses für natürliche und juristische Personen sowie der Gebührenansätze. Genehmigung des Budgets.**
- 2. Aufgaben- und Finanzplan, Kenntnisnahme**
- 3. Korrektur Schliffweg. Baukredit von CHF 730'000.00**
- 4. Verein Tagesfamilien Laufental, Leistungsvereinbarung**
- 5. Verschiedenes, Mitteilungen, Anträge**

Der Vorsitzende stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

Der Stadtrat hat im Wochenblatt mitgeteilt, dass ein zusätzliches Traktandum "Einbürgerungen" behandelt werden soll. Mit der Veröffentlichung am 28. November 2019 ist jedoch die 10-tägige Publikationsfrist nicht eingehalten. Der zuständige Stadtrat hat deshalb entschieden, das Traktandum zurückzuziehen.

Er fragt die Versammlung nach allfälligen Änderungen der Reihenfolge und stellt fest, dass aus der Versammlung die Reihenfolge unbestritten ist.

Traktandum 1

Budget 2020; Festlegung des Steuerfusses für natürliche und juristische Personen sowie der Gebührenansätze. Genehmigung des Budgets.

Stadtpräsident Alexander Imhof beginnt mit einem Ausblick auf das aktuelle Rechnungsjahr. Danach stellt er das Budget der Erfolgs- und Investitionsrechnung vor. Er wird direkt anschliessend auch die Aufgaben- und Finanzplanung erläutern.

In der Erwartungsrechnung 2019 gibt es paar positive und ein paar negative Entwicklungen. Letztlich sind wir recht gut im Budget und werden mit einem Plus abschliessen können. Der Verkauf der Teilparzelle Areal Nau wurde budgetiert und die Handänderung wurde vollzogen. Der Verkaufserlös wird in der Jahresrechnung 2019 ausgewiesen. Deshalb wird das Gesamtergebnis in der Jahresrechnung 2019 einen Gewinn ausweisen. Die budgetierten Steuerwerte 2019 werden erreicht oder gar übertroffen. Erstmals erhalten wir eine Ausgleichszahlung für Gemeinden mit hoher Sozialhilfebelastrung, ein Betrag von rund CHF 0.225 Mio. Das Engagement des Stadtrates zahlt sich aus. In einzelnen Funktionen lassen sich Mehrkosten vorhersagen, so im Bildungsbereich und bei der Pflegefinanzierung. Letztlich sind wir auf Kurs.

Das Gesamtergebnis des Budgets mit einem Verlust von CHF 331'000.00 präsentiert sich auf den ersten Blick schlecht. Ein Grund dafür ist der Rückgang der Kapitalsteuern um 75%, also CHF 1.3 Mio. aufgrund der Unternehmenssteuerreform. Als Kompensationsleistung erhalten die Gemeinden Anteile an Bundeserträgen. Für Laufen macht das CHF 291'000.00 aus. Es gibt also einen Minderertrag von CHF 1 Mio. im Jahr 2020. Das ist ein einmaliger Effekt, der mit dem Finanzausgleich wieder aufgehoben werden wird. Der Finanzausgleich wird aufgrund der beiden vorangehenden Jahre berechnet, für das Jahr 2020 also der Jahre 2018 und 2019. Da haben wir noch eine gute Steuerkraft. Wir gehen davon aus, dass das in den Folgejahren wieder aufgefangen wird.

Mit ausserordentlichen Faktoren kann das Ergebnis verbessert werden. Aus einem An- und Verkauf von GASAG Aktien resultiert ein Gewinn von CHF 228'000.00. Ausserdem ist der Gebäudeverkauf der Amthausgasse 3 budgetiert. Grund und Boden verbleiben im Eigentum der Stadt Laufen und werden im Baurecht abgetreten. Die umliegenden Gemeinden haben ihre Beiträge an die Betriebskosten an das Schwimmbad und Eissport- und Freizeithalle zugesichert, rund CHF 100'000.00. Mit der Gemeinde Breitenbach wurde ein Arrangement gefunden, wonach die Stadt Laufen den Beitrag an das Leichtathletikzentrum von CHF 85'000.00 bezahlt, die Gemeinde Breitenbach im Gegenzug während drei Jahren CHF 20'000.00 entrichtet. Geplant ist in den nächsten Jahren ein regionales Sportanlagenkonzept auszuarbeiten.

Zur Artengliederung: Der Personalaufwand ist um CHF 780'000.00 höher: CHF 100'00.00 neu für die zusätzliche Stelle in der Bauverwaltung, welche von Gemeindeversammlung bewilligt wurde. Neu sind CHF 20'000.00 Pensionskassenbeiträge für die Stadträte und CHF 40'000.00 für einen City-Manager. Der Betrag wird im Budget eingestellt obschon die Trägerschaft und Organisation noch nicht definitiv feststeht. Der Kostenverlauf der Lehrerbeseoldung zeigt, dass die Löhne im Kindergarten und in der Kreisschule im Budget 2019 zu tief veranschlagt wurden. Wir haben Mehrkosten von CHF 445'000.00 und in der Folge erhöhen sich die Lohnnebenkosten um CHF 145'000.00.

Im Jahr 2019 haben wir im Sachaufwand etliche einmalige Kosten budgetiert. Dies ist im aktuellen Budget in diesem Umfang nicht mehr der Fall. Nebst dem ordentlichen Betriebsaufwand sind budgetiert: CHF 10'000.00 für die Überprüfung der Verwaltungsorganisation. CHF 21'000.00 haben wir auf dem Primarschulareal. Als Absturzsicherung wird ein Geländer erhöht. Die Eingangstore zum Haus B werden ersetzt. Auf dem Gymnasiumareal wird für CHF 42'000.00 der Rasen punktuell ausgebessert sowie die Ringturnschaukel modernisiert. CHF 29'000.00 sind für die Eissport- und Freizeithalle. Hier werden die Registrierkasse und Regulierungsabdichtungen ersetzt. CHF 10'000.00 sind für den Ersatz von Spielgeräten auf dem Amthausplatz. CHF 72'000.00 kosten der neue Velounterstand beim Stadthaus, der Ersatz von Arbeitsgeräten sowie verschiedener Unterhalt. Für CHF 20'000.00 werden Lokaltäten für den Werkhof gemietet bis zur Fertigstellung des neuen Werkhofgebäudes. Letztlich sind noch CHF 13'000.00 für einen neuen Sargwagen und die neue Lautsprecheranlage auf dem Friedhof St. Martin. Als Folge der Investitionstätigkeit in den letzten Jahren erhöht sich der Abschreibungsbedarf um CHF 81'000.00.

Die Mehrkosten von CHF 331'000.00 beim Transferaufwand sind das Ergebnis diverser Mehr- und Minderkosten. Mehrkosten werden bei der Pflegefinanzierung, beim Solidaritätsbeitrag Sozialhilfe und beim Beitrag an die Kreisschule erwartet. Minderkosten budgetiert sind bei Entschädigungen an den Kanton und an Zweckverbände (KESB, ARA) sowie Beiträge an private Haushalte. Die Beiträge an die KITA-Betreuung steigen um CHF 100'000.00.

Die Kalkulation aller Steuerwerte basiert auf den kantonalen Prognosen und werden durch spezifische Faktoren ergänzt. Bei den Einkommenssteuern ist dies die Bevölkerungszunahme, bei den Vermögenssteuern die Börsenentwicklung gegenüber 2018 besser. Die Einkommenssteuern werden CHF 210'000.00 höher budgetiert. Die Steuerentwicklung zeigt, dass der budgetierte Steuerwert 2019 erreicht wird. Die Steuerentwicklung zeigt, dass die budgetierten Vermögenssteuern erreicht werden. Bei den Quellensteuern werden zusätzlich CHF 50'000.00 erwartet. Hier wird der Firmenzuzug Stöcklin berücksichtigt. Keine Veränderungen gibt es bei den Ertragssteuern gegenüber Budget 2019. Bei den Kapitalsteuern ergibt sich ein Minderertrag von CHF 1.361 Mio. aufgrund der Steuerreform.

Rückerstattungen aus Versicherungen und sonstiges werden neu 2019 direkt mit den Sozialhilfekosten verrechnet. Deshalb entfallen gegenüber dem Vorjahresbudget CHF 200'000.00.

Im Budget 2019 wurde der Buchgewinn aus Parzellenverkauf Areal Nau mit CHF 1.241 Mio. budgetiert. Dieser entfällt, hingegen wird der Verkaufserlös der Amthausgasse 3 mit CHF 439'000.00 veranschlagt.

Im Transferertrag haben wir neu CHF 291'000.00 Anteile an Bundeserträgen, dies als Kompensation der Reduktion der Kapitalsteuern. Der Finanzausgleich ist CHF 353'000.00 höher, weil die Steuerabgrenzungen präziser vorgenommen werden. Dadurch hat es in der Jahresrechnung weniger nicht budgetierte Steuern aus Vorjahren. Neu ist der Solidaritätsbeitrag an Sozialhilfekosten in der Höhe von CHF 250'000.00. Die Gesamtkosten der Kreisschule sind höher als im Vorjahresbudget. Deshalb erhöhen sich auch die Beiträge der anderen Verbundgemeinden.

Zur Funktionalen Gliederung: In der Allgemeinen Verwaltung haben wir zusätzliche Personalkosten sowie den City-Manager und die Pensionskassenbeiträge für die Stadtratsmitglieder. Bei der Öffentlichen Sicherheit ist der KESB Laufental höherer Betriebskostenanteil zu leisten. In der Bildung haben wir höhere Lehrerbesoldungskosten und einen höheren Beitrag an die Kreisschule Laufental. In Kultur und Freizeit leisten die umliegenden Gemeinden Beiträge an das Betriebsdefizit Schwimmbad und Eishalle. In der Gesundheit fällt der Beitrag an Pflegefinanzierung höher aus. In der Sozialen Sicherheit steigen die Sozialhilfekosten und die KITA Betreuungsgutschriften.

In der Volkswirtschaft sind die Projekte für Begegnungszone Altstadt, eigener Informationsstand an der AGLAT sowie Vorbereitungen für das Stadtfest 2020 im Budget 2019. Diese fallen alle weg. Das führt zu einem leicht besseren Ergebnis.

Bei den Finanzen und Steuern kurz zu wiederholen: höhere Einkommens-, Quellen- und Vermögenssteuern, tiefere Kapitalsteuern, neu Anteil Bundessteuer, neu Solidaritätsbeitrag Sozialhilfe, einmalig Transaktionsgewinn An- und Verkauf Aktien, Verschiebungen bei Buchgewinn Parzellenverkäufen.

Stadtpräsident Alexander Imhof erläutert anhand der Folien die budgetierten Bruttoinvestitionen.

Stadtpräsident Alexander Imhof kommt zum Aufgaben- und Finanzplan: Der Stadtrat will in den nächsten 5 Jahren in die Infrastruktur investieren. Kernpunkte sind der Werkhofneubau, Strassenerschliessungen und –sanierungen sowie der Ausbau der Wasserversorgungsanlagen. Bei den Finanzen und Steuern sind in den Jahren 2021 und 2022 der Einbau von Photovoltaikanlagen vorgesehen. In der Volkswirtschaft sind von 2021 bis 2025 noch nicht definierte energetische Sanierungen geplant. In Umwelt und Raumordnung wird im Budget 2020 und später wird die Sanierung der Werkleitungen weitergeführt. Geplant sind Investitionen für die Röschenzstrasse, die Diebachstrasse und den Schliffweg. Für 2024 ist das neue Reservoir «Uf Saal» geplant. Hauptpfeiler der Investitionspolitik der nächsten Jahre ist der Verkehr. Im Planungshorizont sind über CHF 1.6 Mio. für Strassensanierungen innerhalb und ausserhalb des Stadtgebiets budgetiert. Im Weiteren sind folgende Projekte geplant: 2020: Die Diebachstrasse mit CHF 1.6 Mio. soll eine neue Zufahrt zum Gebiet «Bleiholle» und «Tschambol» sicherstellen. 2021: Die Sanierung des Bierkellerwegs bietet die Möglichkeit das Gebiet «Dürrenboden» baureif zu erschliessen. 2021 - 2022: Beginn mit Werkhofneubau mit CHF 3.0 Mio., im darauffolgenden Jahr nochmals CHF 3.0 Mio. 2023 – 2024: Brücken im Gebiet «Norimatt» und «Wasserfall» mit CHF 0.9 Mio. bzw. 1.3 Mio. Der Bund leistet an diese Massnahmen Beiträge.

Zur Planerfolgsrechnung: 2019 wird mit einem Gewinn abschliessen, resultierend aus dem Verkauf der Teilparzelle Areal Nau an die EGK. 2020 zeigen sich, wie bereits dargelegt, die Auswirkungen der Steuervorlage. 2021 erfolgt der Verkauf der Parzellen entlang der Birs an den Kanton. Der Verkauf erfolgt, um die Hochwasserschutzmassnahmen realisieren zu können. Für 2023 und die folgenden Jahre besteht noch Planungsunsicherheit, weil nach der Annahme der Steuervorlage die Ertragssteuer für juristische Personen gesenkt wird. Weitere Verkäufe von Grundstücken sind nicht vorgesehen. Gestützt durch Parzellenverkäufe stabilisiert sich die Eigenkapitalbasis der Stadt Laufen. Obschon die Stadt Laufen Gewinne in der Planerfolgsrechnung schreibt, reicht die Selbstfinanzierung nur aus, um die Investitionen zu finanzieren. Schulden können nicht zurückbezahlt werden, die Bruttover-

schuldung bleibt hoch. Die Verschuldungssituation ist und bleibt die grösste finanzielle Herausforderung für die Zukunft. Gegenmassnahmen sind geplant. Der Bau des Werkhofs muss einhergehen mit der Inwertsetzung des Areals am Seidenweg. Die Parzelle an der Diebachstrasse, oben bei der Brislachstrasse, muss ebenfalls in Wert gesetzt werden. Vorgesehen ist allerdings die Abgabe der Grundstücke im Baurecht. Das wird die Verschuldung nicht direkt reduzieren.

Der Ausblick in die Zukunft: Wir haben einige Chancen, so die Entwicklung aller Steuerarten, eine Bevölkerungszunahme und die Neuansiedlung neuer Firmen. Bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung haben wir tiefe Verbrauchsgebühren. Die Ergebnisse der Planerfolgsrechnung und der Eigenkapital-Verlauf bringen auch Chancen. Andererseits gibt es auch Risiken, so die Auswirkungen Steuervorlage bei den Kapitalsteuern 2020 und den Ertragssteuern ab 2023. Beim Finanzausgleich ist ein Verteilungskampf unter den Gemeinden zu befürchten. Die Bruttoverschuldung ist ebenfalls ein Risiko.

Der Vorsitzende: Die beiden Geschäfte werden selbstverständlich getrennt behandelt. Der Bericht der GRPK ist aufgelegt. Die GRPK empfiehlt, den Anträgen des Stadtrates zu folgen. Er stellt fest, dass Eintreten nicht bestritten wird.

Hans Herter: Eine Frage zu Seite 3 zum Personalaufwand. Da steht: Die finanzielle Transaktion der Kosten durch die Senkung des technischen Zinssatzes für Gemeindelehrer im Vorsorgewerk Kanton werden per Ende Oktober 2019 mit insgesamt CHF 552'666.00 belastet. Dies unter Anrechnung einer bereits getätigten Überweisung von CHF 300'468.00. Es geht um die Senkung des technischen Zinssatzes. Wie kann ich den Absatz verstehen?

Ivan Künzli, Finanzverwalter: Das hängt mit der Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse zusammen. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist die Pensionskasse in Schieflage geraten. Man wollte mit der Senkung des technischen Zinssatzes nicht alles den Arbeitnehmern aufbürden, sondern auch den Arbeitgebern. Die Folgen sind, dass alle Gemeinden und Zweckverbände mitfinanzieren müssen. Weil die Folgen nicht ganz klar waren, wurde eine Teilzahlung geleistet, und muss jetzt der Rest bezahlt werden. Finanztechnisch wird das über die Rückstellung, die bei der Einführung von HRM2 gemacht wurde, abgewickelt. Belastet wird Laufen vor allem durch den Geldabfluss.

Hans Herter: Das heisst, wenn ich das richtig verstanden habe, dass die Senkung des technischen Zinssatzes teilweise durch die öffentliche Hand gedeckt wird.

Stadtpräsident Alexander Imhof: Das ist richtig. Es geht um die Sicherstellung der bereits laufenden Renten. Sie haben einen Anspruch, dass ihre Renten gleich hoch bleiben. Durch die Senkung des technischen Zinssatzes entsteht ein Delta, das die öffentliche Hand tragen muss.

Rolf Richterich: Der Stadtrat sieht das Budget zu rosarot. Wir sehen das nicht so optimistisch. Das ist keine Finanzplanung.

Ich habe zwei Anträge: In Konto 0120.3052.01 sind Pensionskassenbeiträge für den Stadtrat. Ich gehe davon aus, dass es um die Pauschalhonorare geht. Das gibt 12%. Bei einer normalen Firma wird das halb/halb bezahlt, beim Kanton 60/40. Da wollte man 5 Stadträte und jetzt will man einen Pensionskassenbeitrag, weil Stadtratsmitglieder das Pensum reduzieren müssen. Das passt nicht ins Bild. Die Honorare sind unter dem BVG-Minimum. Es kann sich jeder privat versichern. Ich mache beliebt diesen Posten zu streichen.

Der zweite Antrag betrifft Konto 0220.3132.01 und 0220.3132.02 Rechtsberatung und Honorare Fachexperten. Die FDP ist der Meinung es sind CHF 100'000.00 für die Beratung zum Spital einzustellen. Es gefällt uns nicht, dass das Spital aufgegeben werden und ein komisches Konstrukt entsteht und dass das Land dem Kanton verschenkt werden soll. Wir sind immer noch der Meinung, dass das Spital an den bestehenden Standort gehört. Man muss dafür kämpfen, dass das Spital mit den bestehenden Leistungen erhalten bleibt. Man muss auch dafür kämpfen, dass die Parzelle an die Gemeinden zurückgegeben wird, 60%

der Stadtbürgergemeinde, 40% der Stadt Laufen. In der Schenkungsurkunde von 1953 wird klar festgehalten, dass das Areal zum Betrieb eines Spitals zur Verfügung steht und bei Aufgabe des Spitals zurückgegeben werden muss.

Stadtpräsident Alexander Imhof: Bis jetzt hat der Stadtrat keine Pensionskasse. Das gibt eine Lücke für Personen, die Teilzeit arbeiten. Es arbeiten alle und sie haben ein Recht auf eine Pensionskasse.

Stadtrat Pascal Bolliger: Es sind nicht nur Sparbeiträge es sind auch Risikobeiträge. Die BLPK hat 199 Vorsorgewerke und in 197 davon ist Nebenerwerb versichert. Die Stadträte haben nicht mehr ausbezahlt, sondern weniger. Sie müssen den gleichen Beitrag bezahlen, wie alle Arbeitnehmer. Es kann auch sein, dass das Stadtratshonorar der Haupterwerb ist. Es ist auch eine Pflicht.

Rolf Richterich: Es ist eine technische und eine moralische Diskussion. Der BVG-Minimalbetrag ist bei CHF 21'150.00. Ich ziehe in Zweifel, dass eine Pflicht besteht. Es ist ein typischer Fall von Eigenverantwortung. Es kann sich jeder selbst versichern.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Wort nicht mehr verlangt wird und kommt zur Abstimmung über den Antrag, die Pensionskassenbeiträge des Stadtrates zu streichen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag mit 26 zu 15 Stimmen abgelehnt wurde.

Der Vorsitzende kommt zum zweiten Antrag, CHF 100'000.00 ins Budget aufzunehmen für eine Beratung im Zusammenhang mit dem Spital.

Stadtpräsident Alexander Imhof: Entgegen den Aussagen, haben wir die Finanzen im Griff. Im nächsten Jahr haben wir jedoch CHF 1 Mio. weniger Steuern. Es ist ein einmaliger Ausfall. Das Spital ist ein Thema, das alle beschäftigt. Wir haben uns in der Verhandlungsdelegation auch beraten lassen und das Ergebnis ist ein Erfolg. Die Situation ist nicht mehr die gleiche wie vor 2 – 3 Jahren. Es besteht im Spital ein Defizit von CHF 9 Mio., das ist der Ausgangspunkt. Wir haben einen grossen technischen Fortschritt. Jeder will den besten Spezialisten. Diesen findet man in Laufen nicht. Das ist der Hintergrund. Die Zukunft liegt im ambulanten Bereich. Da müssen wir eine möglichst gute Versorgung aufbauen. Dazu haben wir jetzt die Chance. Es nützt uns nichts, jetzt einen Riesenkampf auszufechten und in 5 Jahren sind wir gleich weit. Das hat die Gemeindevertreter bewogen dem Gesundheitszentrum zuzustimmen. Wir möchten einen Hausarztbesuch vor Ort machen können.

Es besteht ein Informationsbedarf. Die Informationsveranstaltung wird voraussichtlich im Januar stattfinden. Jetzt CHF 100'000.00 ins Budget auszunehmen für irgendeine Beratung bringt nichts. Es waren Spezialisten an der Arbeit. Wenn man nach der Informationsveranstaltung sieht, dass man Beratung braucht, kann man das immer machen.

Hans Herter: Das Spital soll für CHF 100'000.00 geopfert werden. Es geht darum das Beste zu erreichen. Der Kanton Basel-Landschaft ist in der Pflicht. Er hat unterschrieben und muss es jetzt ausbaden. Müsste man tatsächlich den Richter anrufen? Ganz am Anfang hätte man auf die Hinterbeine stehen müssen. Man soll jetzt Nägel mit Köpfen machen. Wenn der Kanton den Art 45 des Laufentalvertrags von einem Experten hätte prüfen lassen, wäre ich schon zufrieden. Was neu gemacht werden soll wird auch Defizit bringen. Wer zahlt das? Ich habe gehört, dass RR Weber gesagt hat, Defizite würden nicht bezahlt. Das heisst, ein Defizit bleibt an den Gemeinden des Laufentals hängen.

Rolf Richterich: Im Spital arbeiten 200 Angestellte. Dabei sind viele Teilzeitbeschäftigte. Diese müssen nachher nach Liestal oder aufs Bruderholz pendeln. CHF 100'000.00 sind CHF 500.00 pro Kopf und es ist dem Stadtrat nicht CHF 500.00 pro Person wert, dass wir diese Leute weiterhin in Laufen beschäftigen können. Da hängen noch weitere Arbeitsplätze dran. Es gibt im Budget keine Position, die so nachhaltig wirkt, wie diese CHF 100'000.00. Entweder wir können das Spital behalten und wenn nicht ist das ein Areal mit 204 Aren.

Davon gehören der Stadt 140 Aren, das heisst 140'000 m². Diese könnten zu CHF 1'000/m² verkauft werden. Das gibt einen zweistelligen Millionenbetrag.

Stadtrat Alexander Imhof: Natürlich haben wir an die Angestellten gedacht. Mir ist immer noch nicht klar, was mit den CHF 100'000.00 gemacht werden soll. Den Laufentalvertrag wollte niemand vor Gericht bringen. Wenn wir nicht aufpassen, haben wir am Schluss gar nichts. Das ist der Hintergrund für die Verhandlungen. Es ist besser, auch mit dem Vertrag im Hintergrund, etwas Gutes zu erreichen, als auf tutti zugehen. Natürlich ist das für die Angestellten schmerzhaft, aber es sollten alle ihre Stelle behalten können.

Paul Burkhard: Vor der Abstimmung über die Fusion der Spitäler hat der CEO des Spitals gesagt, dass wir das Spital behalten können. Kaum ist die Abstimmung vorbei, tönt es anders. Wenn das Spital schliesst, gehe ich nach Dornach, sicher nicht nach Basel oder aufs Bruderholz. Bei der Spitalplanung stimmt etwas nicht.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass wir nicht über das Spital diskutieren, sondern über den Antrag auf CHF 100'000.00 für Beratungskosten.

Peter Seeberger: Ich begreife immer noch nicht wofür die CHF 100'000.00 dienen sollen. Ich habe verstanden, dass das Spital, das wir sehr schätzen, ein massives Defizit hat. Dieses kann nicht mit CHF 100'000.00 wettgemacht werden. Das Problem des Defizits ist, dass die Laufnerinnen und Laufner nicht in Laufen ins Spital gehen. Die Beratung löst das Problem nicht.

Martin Dätwyler: Es wollen alle eine gute Gesundheitsversorgung. Ein grosses Problem ist, dass das Kantonsspital ein Sanierungsfall ist. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, was wir retten können für eine gute Gesundheitsversorgung. Die Verhandlungsdelegation hat ein Zielbild formuliert und proaktiv einen Weg vorgespurt, damit wir nicht leer ausgehen. Ob wir das erreichen, ist nicht sicher. Wir müssen uns anstrengen. Jetzt ist ein Fenster offen und da lohnt es sich CHF 100'000.00 einzusetzen für Expertisen und Beratung, damit wir handlungsfähig bleiben. Es wird eine Projektorganisation ins Leben gerufen, um einem Gesundheitszentrum ein Gesicht zu geben, wie so etwas konkret aussieht. Der Kanton ist derzeit daran, die Spitalliste zu definieren und da sind die Chancen, dass das Spital Laufen auf die Liste kommt leider sehr, sehr schlecht. CHF 100'00.00 sind sinnvoll ausgegeben.

Marisa Hänggi: Die Politik hat nie mit den Personen gesprochen, die im Spital arbeiten. Mit den Zahlen wird gemauschelt. Diese stimmen nicht. Wir müssen kämpfen für etwas, das wir brauchen. Es geht auch um Leute aus Roggenburg und alte Leute. Der Kanton ist schuld, dass die Leute nicht mehr in Laufen ins Spital gehen. Er hat uns Leistungen weggenommen. Wir hatten in Laufen super Spezialisten. Ihr macht einfach die Augen zu. Vom Kanton wird man angelogen und ihr macht mit.

Hans Herter: Das Spital hat man ausgehungert. Deshalb gehen die Leute nicht mehr ins Spital.

Der Vorsitzende bittet Rolf Richterich nochmals zu formulieren, wofür der Betrag eingesetzt werden soll.

Rolf Richterich: Wir haben verschiedene Handlungsoptionen. Wir können den Laufentalvertrag aufrufen. Das geht an das Verwaltungsgericht und nachher ans Bundesgericht. Ich habe keine Angst. Auch ohne Art. 45 des Laufentalvertrags hat der Kanton die Pflicht im Laufental die Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Bei zweiter Handlungsoption geht es um Geld. Wenn der Kanton das Spital schliesst, muss der Kanton das Land zurückgeben. Da gibt es einen Schenkungsvertrag, in welchem das geregelt ist. Ob wir Fachexperten brauchen oder Rechtsexperten und wie es aufgeteilt wird ist mir egal. Ich will einfach, dass wir Erfolg haben.

Der Vorsitzende: Stadtpräsident Alexander hat um 2 Minuten Pause gebeten, damit der Stadtrat sich beraten kann. Ich habe dem stattgegeben.

Stadtpräsident Alexander Imhof: Wir schauen alle, dass es das Beste gibt. Die Rückgabe des Bodens ist bereits ein Thema. Wir haben uns beraten lassen. Der Kanton hat das bezahlt. Jetzt wird das Zentrum ausformuliert. An einer Informationsveranstaltung wird nächstes Jahr informiert. Wir können das Geld brauchen. Der Stadtrat schliesst sich dem Antrag an.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Wort nicht mehr verlangt wird und kommt zur Abstimmung über den Antrag, CHF 100'000.00 für Fachexperten und Rechtsexperten ins Budget aufzunehmen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag mit grossem Mehr und 9 Gegenstimmen angenommen wurde.

Thomas Locher: Der Beitrag an die Skilager ist im Budget 2019 mit CHF 40'000.00 eingesetzt im Zusammenhang mit dem Bundesgerichtsentscheid, wonach den Eltern nur CHF 16.00/Tag für Lager in Rechnung gestellt werden kann. Wurde der Betrag reduziert, weil die Lager mit Spenden finanziert werden sollen oder ist einer Kürzung zum Opfer gefallen?

Stadtrat Thomas Hofer: Letztes Jahr hat der Stadtrat den Betrag erhöht. Er steht hinter den Skilagern. Mir ist das nicht aufgefallen. Es sollten CHF 40'000.00 im Budget sein. Ich weiss nicht weshalb das gekürzt wurde.

Thomas Mottl beschäftigt sich an der Sekundarschule Reigoldswil mit den Wintersportlagern. Es dürfen von den Eltern CHF 16.00/Tag verlangt werden, das macht CHF 80.00 für ein 5-Tageslager. Mit GoSnow kann man für CHF 10.00 mit den SBB hin- und zurückfahren. Die J+S-Beiträge wurde massiv erhöht, d.h. verdoppelt. Dann leisten noch Stiftungen Beiträge. Der befürchtete Einbruch bei den Lagern ist nicht eingetreten.

Thomas Locher: Wenn es reicht, ist es gut, aber wir wissen es nicht sicher. Ich stelle den Antrag Konto 2120.3171.04 auf CHF 40'000.00 zu erhöhen. Wenn wir den Betrag nicht brauchen ist auch gut.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Wort nicht mehr verlangt wird und kommt zur Abstimmung über den Antrag, Konto 2120.3171.04 auf CHF 40'000.00 zu erhöhen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag einstimmig angenommen wurde.

Thomas Locher: Bei den Ersatzabgaben für Parkplätze ist eine Entnahme in der Höhe von CHF 36'500.00 geplant. Was soll damit gemacht werden?

Stadtpräsident Alexander Imhof: Genau weiss ich das nicht. Es wird verwendet für Markierung und Unterhalt gemäss Reglement.

Thomas Locher: Werden damit keine neuen Parkplätze gebaut?

Stadtpräsident Alexander Imhof: Nein, wir haben einige neue Parkplätze im Stedtli. Diese werden voraussichtlich noch dieses Jahr gemacht

Stadtrat Simon Felix: CHF 30'000.00 sind für einen neuen Veloparkplatz beim Stadthaus.

Thomas Locher: Kann man das?

Rolf Richterich: Gemäss Reglement ist das nicht zulässig. Die Ersatzabgabe darf verwendet werden für den Bau, Betrieb und Unterhalt öffentlicher Parkplätze sowie Park-and-Ride-Anlagen. Der Carport für Velos wird erneuert. Für wie viele Velos ist der Carport?

Stadtrat Simon Felix: Ich weiss es nicht. Scheinbar ist es nötig.

Rolf Richterich: Von Velos steht nichts im Reglement. Es sollen endlich Parkplätze geschaffen werden. Ich stelle den Antrag Konto 6150.4511.01 um CHF 30'000.00 zu reduzieren.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Wort nicht mehr verlangt wird und kommt zur Abstimmung über den Antrag, Konto 6150.4511.01 um CHF 30'000.00 zu reduzieren.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag 29 zu 20 Stimmen angenommen wurde.

Rolf Richterich: Konto 8500.3130.01, Betriebskostenbeitrag an die Promotion Laufental. Ich beantrage den Beitrag zu streichen. Wir verzetteln uns zu sehr. Die Promotion hat sich nicht in die Richtung entwickelt, die wir wollten. Es ging nämlich darum, Arbeitsplätze zu schaffen. Wir haben uns zu sehr verzettelt und Doppelspurigkeiten bspw. im Tourismus. Ich sehe nicht, was uns das bringt. Auf der anderen Seite ist der Citymanager vorgesehen. Wir sollten den Franken richtig einsetzen und auf den Citymanager setzen, der uns und dem Stedtli konkret etwas bringt.

Stadtpräsident Alexander Imhof: Die Promotion Laufental steht für die regionale Zusammenarbeit. Es laufen viele Projekte. Ich warne davor auf die Schnelle auszutreten. Das wäre ein schlechtes Zeichen. Doppelspurigkeiten sehe ich nicht. Wir haben eine enge Verzahnung, indem der Geschäftsführer der Promotion auch das Sekretariat des Vereins Laufental führt.

Linard Candreia: Nein, so geht es nicht. Ein Citymanager ja, das eine tun das andere nicht lassen. Was senden wir da für ein Signal! Ich nehme die Promotion wahr. Sie hat bspw. im touristischen Bereich einiges getan. Einige Gemeinden zahlen an unsere Infrastruktur und wir zahlen nicht an die Promotion. Das geht nicht.

Hans Herter: Ich war lange Präsident der Promotion. Wir haben uns darum gekümmert, mehr Industrie anzusiedeln. Ich habe den Eindruck die Promotion sei verpolitisiert und kümmere sich zu wenig um die Wirtschaftsförderung.

Martin Dätwyler: Ich bin seit einigen Jahren im Vorstand der Promotion. Man muss die Ziele der Promotion schärfen. Die Promotion muss sich Gedanken machen und wieder mehr Wirtschaftsförderung machen.

Rolf Richterich: Ich habe zugehört und ziehe den Antrag zurück. Ich mache beliebt, dass man das unter Anträge aufnimmt und es an einer der nächsten Gemeindeversammlungen zur Beratung bringt. Es braucht eine Auslegeordnung.

Stadtpräsident Alexander Imhof bittet den Antrag konkret zu formulieren.

Rolf Richterich: Konto 9690.4411.01, Verkaufserlös Parzellenverkäufe, Liegenschaft Amthausgasse 3. Ich habe nichts dagegen, dass man die Liegenschaft verkauft. Es wäre interessant zu wissen, wer das kauft und was damit gemacht wird. Der Erlös wird nicht so viel sein. Wir haben dieses Jahr im Budget CHF 200'000.00 für die Sanierung. Dann bleiben am Schluss CHF 240'000.00.

Stadtpräsident Alexander Imhof: Der Verkaufsvertrag ist noch nicht abgeschlossen. Ich kann deshalb nicht sagen, wer die Liegenschaft kauft. Es gibt sicher eine Aufwertung. Es ist ein guter Preis, der Preis ist ohne Grundstück, dieses wird im Baurecht abgegeben. Es handelt sich im Budget um den Buchwert. Man muss auch berücksichtigen, dass die Innensanierung CHF 700'000.00 kosten wird.

Ivan Künzli, Finanzverwalter: Es war ein Investitionsbeitrag in der Investitionsrechnung. Der wurde jedoch aufgrund des Geschäftsverlaufs wieder herausgenommen. In der Investitionsrechnung ist keine Ausgabe getätigt. Es wurden Investitionen getätigt zur Sicherheit

der Liegenschaft bezüglich der Stützmauer zur Nachbarliegenschaft. Wenn der Verkauf getätigt wird, sind diese Kosten bereits abgezogen. Es handelt sich um einen Nettobetrag. Der effektive Verkaufspreis ist höher.

Rolf Richterich: Zum Investorenbeitrag Spielplatz Kirchgarten: Im Budget 2019 sind CHF 60'000.00 und jetzt nochmals CHF 90'000.00. Wie hoch ist der Investorenbeitrag total? Ist das mehr als CHF 60'000.00. Zum Projektierungskredit Werkhof: Gibt es da eine Vorlage?

Stadtpräsident Alexander Imhof: Ja es gibt eine Vorlage zum Projektierungskredit Werkhof.

Rolf Richterich: Zum Reservoir Uf Saal: Ich fände es gut, wenn das diskutiert würde, bevor man damit beginnt. Da wird schon einmal ein Pflock eingeschlagen.

Stadtpräsident Alexander Imhof: Der Investorenbeitrag ist meines Wissens CHF 90'000.00, ich bin nicht ganz sicher.

Rolf Richterich: Ich denke an den ganzen Investorenbeitrag, nicht nur an den Spielplatz.

Stadtpräsident Alexander Imhof: Ich weiss es nicht mehr genau. Das ist im Quartierplanvertrag geregelt. Der Quartierplan wurde von der Gemeindeversammlung beschlossen und an der Volksabstimmung bestätigt.

Stadtrat Simon Croll: Das Reservoir Uf Saal ist eine alte Geschichte. Seit über 10 Jahren ist das in der Planinvestitionsrechnung. Aus hydraulischer Sicht sollten wir das Reservoir bauen. Mit CHF 50'000.00 können Vorarbeiten geleistet werden. Es wird benötigt, wenn an der Wahlenstrasse mehr Industrie ansiedelt. Mit dem Betrag soll auch das Land gesichert werden.

Der Vorsitzende: fasst zusammen: Sie haben Mehrausgaben beschlossen in der Höhe von CHF 149'320.00, so dass der Verlust der Erfolgsrechnung CHF 480'374.70 beträgt. Er stellt fest, dass das Wort nicht mehr verlangt wird. Er kommt zur Abstimmung. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

1. Die Gemeindesteuern für das Jahr 2020 betragen:

- **Natürliche Personen: 59 % der Staatssteuer**
- **Juristische Personen: 4.50 % des steuerbaren Ertrages als Ertragssteuern (§ 58 StG)**
- **Juristische Personen: Kapitalsteuern neu 0.55 ‰ mind. CHF 165.00,).**

2. Das Budget 2020, bestehend aus der Erfolgsrechnung mit einem Verlust in der Höhe von CHF 480'374.70 und der Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von CHF 3'820'700.00, wird genehmigt.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag des Stadtrates mit grossen Mehr angenommen worden ist.

Traktandum 2

Aufgaben- und Finanzplan, Kenntnisnahme

Der Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten nicht bestritten wird.

Hans Herter: Der Dürrenboden wurde vor 12 Jahren eingezont. Jetzt lese ich: Die Kostenträgerschaft und Zuständigkeit zwischen den Grundeigentümern und der Stadt Laufen ist noch ungeklärt. Das ist rekordverdächtig.

Stadtpräsident Alexander Imhof: Das Land wurde 2005 eingezont mit Quartierplanpflicht. Ab 2008 wurde der Quartierplan in Angriff genommen. Der Regierungsrat hat ihn nicht genehmigt. Man muss den Quartierplan überarbeiten. Die Grundeigentümer sind der Meinung die Stadt müsse die Planung bezahlen. Damit sind wir nicht einverstanden. Es ist gängig, dass die Grundeigentümer die Planung bezahlen. Mit dem Quartierplan gewinnt ihr Land deutlich an Wert. Die Stadt muss die Erschliessung bezahlen. Der Regierungsrat hat der Stadt recht gegeben. Dagegen wurde Beschwerde ans Kantonsgericht erhoben.

Hans Herter: Ich war damals Präsident der Planungskommission. Der Kanton wollte die Quartierplanpflicht. Wir wollten eine Teilzone einrichten. Dem wurde nicht gefolgt.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Wort nicht verlangt wird. Er kommt zur Abstimmung. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

Der Aufgaben- und Finanzplan wird zu Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag des Stadtrates einstimmig angenommen worden ist.

Traktandum 3

Korrektion Schliffweg. Baukredit von CHF 730'000.00

Stadträtin Sabine Asprion: Die Ausgangslage präsentiert sich wie folgt; 2018 Beschluss Gemeindeversammlung Baukredit Diebachstrasse; 2018 Beschluss Gemeindeversammlung Projektierungskredit Schliffweg; 2018 Beschluss Gemeindeversammlung Quartierplan EGK; 2019 Baubeginn Diebachstrasse; 2019 Baubeginn EGK, 2019 Erarbeitung Projekt Korrektion Schliffweg mit Ersatz Wasserleitung. Die wichtigsten Punkte der Korrektion sind: Bau des Knotens Schliffweg/Naustrasse entsprechend Normen und Sicherheitsaspekten. Der Knoten Schliffweg/Zufahrt Eishalle wird ausgebaut und aufgeweitet. Die Zufahrt zur Eishalle wird mit einem Trottoir bis zum Ende der EGK-Parzelle ausgebaut. Auf der ganzen Länge der Strassenkorrektion inkl. Unterführung wird ein bauliches Trottoir erstellt, was die Fussgängersicherheit erhöht. Der Schliffweg wird von der Unterführung bis zum Zickzack-Weg zum Gymnasium verbreitert. Die Beleuchtung wird auf der ganzen Länge der Korrektion, durch moderne LED-Leuchten ersetzt. Die Strassenentwässerung wird vollständig ersetzt. Die Einbahn in der Unterführung bleibt bestehen. Alle Massnahmen erfolgen in Absprache mit der Beratungsstelle für Unfallverhütung.

Der Strassenbau kostet CHF 590'000.00, der Ersatz der Wasserleitung CHF 140'000.00. Total kostet die Korrektion Schliffweg CHF 730'000.00. es ist vorgesehen, sämtliche Bauarbeiten koordiniert mit dem Neubau der Diebachstrasse und dem Neubau der EGK von Juni 2020 bis Dezember 2020 auszuführen. Das ist ein sportlicher Zeitplan.

Der Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten nicht bestritten wird und das Wort nicht verlangt wird. Er kommt zur Abstimmung. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

Das Bauprojekt für die Strassenkorrektion Schliffweg inkl. dem Ersatz der Wasserleitung wird mit einem Kredit von CHF 730'000.00 beschlossen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag des Stadtrates einstimmig angenommen worden ist.

Traktandum 4

Verein Tagesfamilien Laufental, Leistungsvereinbarung

Stadträtin Carole Seeberger: Der Verein Tagesfamilien Laufental gehört zur Landschaft der Kinderbetreuung im Laufental. Der Verein ist vom Kanton anerkannt und erfüllt die Voraussetzungen zur familienergänzenden Kinderbetreuung gemäss FEB-Reglement. Nach der Genehmigung des Reglements muss nun auch die Leistungsvereinbarung genehmigt werden. Die Kinderbetreuung durch die Tagesfamilien wird in 7 Gemeinden angeboten: Laufen, Liesberg, Grellingen, Röschenz, Brislach, Dittingen, Zwingen und ab 2020 in Blauen.

Im Juni 2019 bestanden 35 Betreuungsverhältnisse, davon 15 in Laufen. Alle beteiligten Gemeinden haben dieselbe Leistungsvereinbarung. Die Kosten werden aufgeteilt in variable Kosten und in fixe Kosten. Die fixen Kosten werden zu 65% gemäss Anzahl der Betreuungsverhältnisse und zu 35% gemäss der Einwohnerzahl verteilt. Als Betreuungsverhältnis gilt die Anzahl betreuter Kinder am Wohnsitz. Die Kosten werden mit der Leistungsvereinbarung nicht verändert, sind aber variabel nach Anzahl Betreuungsverhältnisse. Die Leistungsvereinbarung regelt zudem die Abklärung und Vermittlung, die Aus- und Weiterbildung sowie die Berichterstattung. Wir brauchen die Tagesfamilien als Ergänzung zur KITA.

Der Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten nicht bestritten wird und das Wort nicht verlangt wird. Er kommt zur Abstimmung. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

Die Leistungsvereinbarung mit dem Verein Tagesfamilien Laufental wird genehmigt.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Traktandum 5

Verschiedenes, Mitteilungen, Anträge

Der Vorsitzende fragt Rolf Richterich, ob er seinen Antrag betr. Gremienschungel und strategischer Ausrichtung bis zum 15. Dezember 2019 zuhanden des Protokolls einreichen kann, ansonsten gelten die Fristen der nächsten Gemeindeversammlung.

Hans Herter: Im Januar findet eine Informationsveranstaltung zum Spital statt. Er hat einige Fragen notiert und bittet den Stadtrat, diese an der Informationsveranstaltung zu erläutern und zu beantworten.

Charles Imark: Es geht um die Lärmbelastung durch das Entsorgungszentrum. Die Lärmbelastung hat um das doppelte zugenommen. Der Stadtrat weiss das. Er möchte den Antrag stellen, dass der Stadtrat etwas unternimmt.

Stadträtin Sabine Asprien: Wir haben den Kanton bereits ins Boot geholt. Wenn die Lärmbelastung nicht zonenkonform ist, müssen Massnahmen ergriffen werden. Der Kanton ist dran. Eine mögliche Massnahme ist eine Halle, was die Lärmbelastung massgeblich verringern würde.

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Wortmeldung mehr vorliegt. Er stellt fest, dass die rechtmässige Durchführung der Gemeindeversammlung nicht bestritten wird. Er dankt den Anwesenden und schliesst die Gemeindeversammlung um 22.40 Uhr.

4242 Laufen, 27. Dezember 2019

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG

Präsident:

Protokollführer:

sig. Dieter Jermann

sig. Walter Ziltener, Stadtverwalter